



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 90 – Dezember 2010

GZ02Z032719 S
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

Ein Kärntner Hausbuch

Der spannende Weg des KHD vom Kampf um Kärnten über Jahrzehnte der Konfrontation bis zur nunmehrigen sprachenübergreifenden **Verständigung**, ist Teil der Geschichte Kärntens mit all ihren Höhen und Tiefen.

Die **Dokumentation** „90 Jahre Kärntner Heimatdienst“ enthält **Hunderte Bilder** und **Zeitdokumente** von 1920 bis 2010 und **bietet** jedem mit Kärnten verbundenen Menschen auch in den anderen Bundesländern ein wertvolles Nachschlagewerk.



**JETZT kaufen um nur 19 EURO.
Auch als Weihnachtsgeschenk**



(alles Nähere finden Sie auf den folgenden Seiten)

Jahreshauptversammlung im Zeichen größtmöglicher Geschlossenheit

Feldner weiter Obmann

Bei der am 28. November 2010 in Klagenfurt durchgeführten ordentlichen Jahreshauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes wurde Josef Feldner einstimmig für weitere drei Jahre als Obmann wiedergewählt.



Obmann Feldner (Bildmitte) mit Vorstandskollegen (v. l.) Gert Seeber, Walter Leitner, Andreas Mölzer, Franz Jordan und Christian Kogler vor den Listen mit Tausenden Unterstützungserklärungen. Nicht im Bild die Vorstandsmitglieder Arno Manner und Johann Rebernik.

Er werde sich auch in Zukunft engagiert für Versöhnung und Verständigung einsetzen erklärte Feldner, der seit 1972 Obmann ist, unmittelbar nach seiner Wiederwahl. Sein Leitsatz: „Die Zeit der Konfrontation ist zu Ende. Einheit des Landes verlangt Einigkeit der Menschen.“

Zu weiteren Mitgliedern des Vorstandes wurden gewählt: Obmann-Stellvertreter Franz Jordan, Obmann-Stellvertreter Johann Rebernik, Obmann-Stellvertreter Honorarkonsul RA Dr. Gert Seeber, EU-Abg. Andreas Mölzer, DI Christian Kogler, Reg.-Rat Walter Leitner und Generalleutnant i. R. Arno Manner.

Tausende haben bereits für Weg der Verständigung unterschrieben

Mehr als 5.000 den Delegierten der Hauptversammlung vorgelegte Unterstützungserklärungen im Rahmen der KHD-Aktion „JA zum Weg der Verständigung“, wiederlegen eindrucksvoll jene, die den KHD kleinreden wollen.

Setzen nun auch Sie ein Zeichen und unterschreiben Sie die beiliegende UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG!

Einige Ausschnitte aus dem Buch

Der Kärntner Heimatdienst im geistigen Kampf um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit

Nachdem mit dem, wenn auch verlorenen Kärntner Abwehrkampf eine Volksabstimmung erzwungen worden war, galt es nun den geistigen Kampf um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit im Verbund mit Österreich zu führen. Dazu wurde der Kärntner Heimatdienst gegründet.



Mitglieder und Mitarbeiter des Kärntner Heimatdienstes 1919/20



Die Tafel am Westeingang zur Landwirtschaftskammer in der Museumgasse erinnert an die Tätigkeit des Kärntner Heimatdienstes in schwerer Zeit

K.H.D. war die „*Hoffnung einer großen Landschaft*“

Eine zeitgenössische Laudatio von Josef Friedrich Perkonig



Aktivisten des Heimatdienstes 1920. Im den Büroräumen wurde in den Monaten vor der Volksabstimmung bis in die Nacht hinein gearbeitet. An der Wand sind Plakate des Heimatdienstes zu sehen, von denen jeweils Zehntausende zur Anbringung auf Häusern und in den Straßen gedruckt wurden.



Oberleutnant Hans Steinacher, Kommandant der 2. Kompanie des Volkswehrebataillons 2, Geschäftsführer der Landesagitationsleitung und des Kärntner Heimatdienstes.

Geschichtsfälschung mit Unterstützung des Landes

Gedenkschrift eliminiert KHD 1920 und dessen historische Verdienste

In einer vom Land subventionierten, vom freiheitlichen Kulturreferenten LR Dobernik mit einem Vorwort gewürdigten Publikation des Abwehrkämpferbundes, wird im Oktober 2010 der für die Erhaltung der Landeseinheit entscheidend gewesene geistige Kampf des Kärntner Heimatdienstes mit keinem einzigen Wort erwähnt.

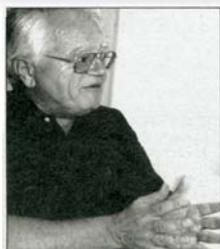
Das ist öffentlich geförderte Geschichtsfälschung, die schärfstens zu verurteilen ist!

Heimatdienst spricht von Diktat!



Die größte Herausforderung für den Kärntner Heimatdienst war der an der Kippe zur Eskalation gestandene Ortstafelkonflikt 1972. Mit einer ohne jegliche Zwischenfälle verlaufenen Protestkundgebung ist es damals dem Heimatdienst gelungen, die Proteste in demokratische Bahnen zu lenken.

Heimatdienst und Slowenenverbände: Ein steiniger Weg zum Dialog



KHD-Obmann Josef Feldner



Marjan Sturm (Zentralverband) mit Sepp Prugger (KLM)



Rudi Vouk (Rat d. Ktn. Slowenen)

„Streitbeilegung“ für 2000?

Zum 10. Oktober diskutierten Vertreter von Slowenen- & deutschkärntner Verbänden.

10. 10.
1920
Kärnten



Juli 2009: Europäischer Bürgerpreis des Europäischen Parlaments

Nicht der Heimatdienst, der Landeshauptmann hat die Tür zugeschlagen

Im Juli 2010 hatte der KHD den letzten Versuch gestartet, LH Dörfler unter Hinweis auf seine in der Öffentlichkeit demonstrativ gezeigte Slowenenfreundlichkeit, doch noch zum Umdenken zu bewegen.

Als Ende August feststand, dass sich Dörfler dennoch nicht bereift findet, mit dem KHD-Obmann zu reden, musste sich am 3. September der KHD-Vorstand zur Absage der Teilnahme an allen Landesfeiern entschließen (siehe Seite 93).

Daraufhin attackierte Dörfler den KHD-Obmann auf niedrigstem Niveau.

Bild rechts: Schon im Dezember 2009 attackierte LH Dörfler (links halb verdeckt) bei einem „ORF-Streitgespräch“ den KHD-Obmann, nur weil dieser sich in einem Interview erlaubt hatte, die schleppende Behandlung der Ortstafelfrage zu kritisieren.



Auf der nächsten Seite seien als Zeitdokumente das Bemühen des Heimatdienstes einerseits und die heftigen Attacken des Landeshauptmannes andererseits gegenüber gestellt.

KHD seit 2005 mit Slowenenvertretern und „Plattform Kärnten“ in Konsensgruppe für Verständigung

Dafür wurde die Konsensgruppe bereits mit drei Preisen ausgezeichnet.

Unverständlicherweise wird der um Verständigung bemühte KHD und insbesondere Obmann Feldner von einigen Spitzenfunktionären der „Freiheitlichen in Kärnten“ heftig attackiert. **Auch darüber wird im Buch ausführlich berichtet.**



Von DI Christian Kogler
KHD-Vorstandsmitglied

Heimatdienst war von Mitgestaltung der Landesfeiern ausgeschlossen:

Rote Karte wegen JA zum Miteinander

Unglaublich: „Slowenenfreundliches Verhalten ist mit den Landesinteressen nicht vereinbar“!



Auch die deutsch-slowenische Konsensgruppe, die 2009 für ihre Versöhnungsbemühungen dreifach ausgezeichnet worden war – im Bild mit dem Österreichischen Verfassungspreis – wird vom Kärntner Kulturreferenten ausgegrenzt und sogar als „Nonsensgruppe“ verhöhnt.

Kulturreferent gegen traditionsreichsten Heimatverband

Man kann es kaum glauben: Der Kulturreferent des Landes Kärnten, Harald Dobernig, schloss den traditionsreichsten Heimatverband, den Kärntner Heimatdienst, von der Mitgestaltung der Landesfeiern zum 90-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung aus. Einziger Grund: Weil der KHD vor fünf Jahren im Vorfeld der Politik mit Slowenenvrteuern einen viel beachteten Ortstafelkompromiss geschlossen hatte und sich seither um Versöhnung und Verständigung mit der slowenischen Volksgruppe bemüht, was schon 1997 auf seiner Tafel beim Abstimmungsdenkmal im Klagenfurter

Landhaushof (links) zum Ausdruck gebracht worden war.

Dieses Bemühen wird nun von einigen Spitzenrepräsentanten der Freiheitlichen dem KHD negativ ange-



lastet. Das präzierte der freiheitliche Klubobmann im Kärntner Landtag, Kurt Scheuch, in einer Aussendung am 10. 10. 2007 folgendermaßen:

„Es ist zu hinterfragen, ob Obmann Josef Feldner mit seinem slowenenfreundlichen Kurs überhaupt noch die Interessen des Landes vertritt.“

Diese Aussage steht in krassem Gegensatz zum slowenenfreundlichen Landeshauptmann Gerhard Dörfler, der nicht kürzlich die Vorsitzenden der drei Slowenenverbände sogar als „Heilige drei Könige“ beweihräucherte.

SPÖ und ÖVP protestierten. Konsensgruppe Ehrengäste bei SPÖ-Abstimmungsfeiern

Die unqualifizierten Angriffe gegen den KHD wurden von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP, mit dem Hinweis auf den Verständigungsweg des Heimatdienstes und dessen Verdienste um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit 1920, heftig kritisiert.

Die Kärntner SPÖ lud die Konsensgruppe



Mitglieder der Konsensgruppe als Ehrengäste bei der Veranstaltung „Kärntner Volksabstimmung und die Sozialdemokratie“ in der Klagenfurter Arbeiterkammer“. Foto: Eggenberger

demonstrativ als Ehrengäste zu zwei von ihr organisierten Veranstaltungen in die Klagenfurter Arbeiterkammer und in die Abstimmungsstadt Völkermarkt ein.

Auch die Proteste der SPÖ und ÖVP konnten jedoch den Kulturreferenten und einige andere seiner Parteikollegen nicht von seiner absolut ungerechtfertigten Negativhaltung gegen den KHD abbringen.

Die Attacken wurden fortgesetzt, sodass sich der KHD-Vorstand dazu entschließen musste, allen Landesveranstaltungen fernzubleiben.

KHD-Spitze gedenkt im Landhaushof der gefallenen Abwehrkämpfer



KHD-Delegation bei der Kranzniederlegung für die gefallenen Kärntner Abwehrkämpfer.

Die groteske Ausgrenzung des Heimatdienstes von der Mitgestaltung der Jubiläumsfeiern kann jedoch nichts an seiner heimat-treuen Grundeinstellung ändern.

Das stellte der KHD-Vorstand in seiner Protestresolution klar:

„Unabhängig von den offiziellen Jubiläumsveranstaltungen wird der Kärntner Heimatdienst als der Traditionsverband der Kärntner Volksabstimmung an der von ihm Ende der neunziger Jahre initiierten Stätte der Kärntner Einheit im Klagenfurter Landhaushof der bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 erhalten gebliebenen Kärntner Landeseinheit im Verbund mit Österreich und aller Kärntner Abwehrkämpfer gedenken.“



Symbol der Gemeinsamkeit. Bürgermeister Helmut Manzenreiter (links) mit Mitgliedern der Konsensgruppe und Spitzenpolitikern: Dr. Marjan Sturm, Dr. Josef Feldner, Festredner Universitätsprofessor Dr. Stefan Karner, Bernhard Sadovnik, Stadtrat Mag. Peter Weidinger, Heinz Stritzl, LAbg. Reinhard Rohr und Landesrat Dr. Josef Martinz (v. l.).

Konsensgruppe bei Abstimmungsfeier in Villach

Über Einladung der Stadt Villach nahm die Konsensgruppe geschlossen an deren Abstimmungsgedenkfeier teil.

„Nur der hat das Leben richtig verstanden, der Bäume setzt, unter deren Schatten er niemals mehr sitzen wird!“



Bei dieser eindrucksvollen Feier hielt der Moderator der **Konsensgruppe, Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner** die Festrede. Nach eingehender Würdigung von Abwehrkampf und Volksabstimmung ging Karner aus-

föhrlich auf die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe ein. Daraus ein Auszug:

„Die Kärntner Konsensgruppe, angeregt von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, begleitet von Ursula Plassnik, in Kärnten von Jörg Haider, Josef Martinz und Gabi Schaunig, hat im Vorfeld der Politik zweimal sehr konstruktive Vorschläge zur Lösung der Ortstafelfrage

vorgelegt. Mit der breitesten Unterstützung in und außerhalb Kärntens. Zweimal sind die Lösungsvorschläge im letzten Augenblick aus politischen Gründen gescheitert. Einmal in Kärnten, einmal in Wien.

Alle heute diskutierten Modelle und Varianten bauen auf unserem Lösungsansatz auf. Die Konsensgruppe Kärnten hat das Eis zwischen den Organisationen der Volksgruppen weitgehend gebrochen. Die Arbeit der Konsensgruppe wurde mehrfach gewürdigt, u. a. auch mit dem „Kulturpreis der Stadt Villach“ unter Bürgermeister Helmut Manzenreiter.

Der heute stärker sichtbare Dialogprozess zwischen den Volksgruppen und der Politik ist wesentlich ein Ergebnis des von der Konsensgruppe Kärnten eingeleiteten Gesprächs über Barrieren hinweg. Umso wichtiger wäre es, einen der wesentlichen Motoren dieses Dialogs, Josef Feldner, wieder stärker in den Prozess einzubinden. Kärnten schwächt sich sonst wieder selber.

... Heute vor vier Jahren hat die Konsensgruppe im Landhaushof jene von allen führenden Instanzen des Landes mitunterzeichnete „Feierliche Erklärung“ abgegeben, die den 10. Oktober zum „Tag der gemeinsamen

Heimat Kärnten“ machte. Die „Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes“ beider Volksgruppen war darin die Kernbotschaft. Damit gab die Kärntner Zivilgesellschaft ein sichtbares, kräftiges Zeichen. Kärnten nahm seine historische Mission, im Schnittpunkt dreier europäischer Kulturkreise, wieder auf. Dies schließt auch die Aufstellung von zweisprachigen topographischen Ortsbezeichnungen mit ein ... Dazu hat die Konsensgruppe wesentliche Vorleistungen erbracht.

Es sind jene Vorleistungen, die für die Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft so notwendig sind. Der Oberrabbiner für Kärnten und Steiermark, David Herzog, 1938 von den Nationalsozialisten mit dem Tod durch Ertränken in der Mur bedroht, hat in einer seiner Predigten ... den Satz geprägt: „Nur der hat das Leben wirklich verstanden, der Bäume setzt, unter deren Schatten er niemals mehr sitzen wird!“

Dass wir alle, die wir die Bäume der Zukunft unseres Kärnten setzen, auch noch deren Schatten genießen dürfen, ist die Verpflichtung des 10. Oktobers 2010, jene der Politik, der Organisationen, jene von uns allen ...

Heimatsdienst errichtet weitere Gedenkstätte für Partisanenopfer

Am 16. Oktober 2010 weihte Dechant Monsignore Mag. Ivan Olip vor zahlreich erschienen Persönlichkeiten die vom Kärntner Heimatsdienst an der Außenmauer der Kirche von Leše/Liescha in Slowenien aus eigenen Mitteln errichtete Gedenktafel. Diese trägt die zweisprachige Aufschrift: „In schmerzlichem Gedenken an alle schuldlosen Nachkriegsopfer von 1945 aus Kärnten und Slowenien“.



Ein besonderer Dank gilt den um die Gedenkstätte verdienten Persönlichkeiten

Nachdem der Kärntner Heimatsdienst im Vorjahr in einem Waldstück südlich der Kirche von Liescha ein Gedenkkreuz für – wie wir heute wissen – etwa 700 dort ermordete und anschließend verscharrte Partisanenopfer aus Slowenien und Kärnten erneuert hatte, befindet sich nun auch bei der Kirche eine würdige Gedenkstätte.

An dieser Stelle gilt ein ganz besonderer Dank allen um die Gedenkstätten verdienten Persönlichkeiten:

An der Spitze dem Altbürgermeister von Bleiburg, Othmar Mory, dem akademischen Maler und Gymnasialprofessor Benjamin Kumprej der das Grundstück zur Verfügung stellte, dem Sprecher der Plattform Kärnten, Heinz Stritzl für die so wichtige mediale Arbeit, Frau Maria Hainz für die langjährige, auch mit finanziellem Aufwand verbundene Pflege der ursprünglichen Gedenkstätte und schließlich dem KHD-Obmannstellvertreter Franz Jordan und dem Organisationsreferenten Fritz Schimun für die zeitaufwändigen Vorbereitungsarbeiten.

Gedenkgottesdienst in der Kirche

Der Weihe der Gedenkstätte voran ging ein von Dechant Olip zelebrierter Gottesdienst in der Kirche. Olip rief zum Gebet für die Opfer auf und schloss mit der Bitte um Versöhnung und Frieden.

Wie schon im Vorjahr nahm der Obmann des slowenischen Zentralverbandes und Mitglied der Kärntner Konsensgruppe, Marjan Sturm auch an der Weihe der neuen Gedenkstätte teil.

Sturm brachte sein tiefes Mitgefühl mit den Opfern zum Ausdruck. Es müsse alles ge-



Heinz Stritzl, Frau Maria Hainz und Othmar Mory (v. r.) beim Gottesdienst.

tan werden, um solch tragische Ereignisse in Zukunft zu verhindern.

Othmar Mory erinnerte an die Ereignisse im Mai 1945 und sprach sich für Versöhnung aus, obwohl sich seine Eltern unter den Opfern befinden.

Die Weihe der Gedenkstätte

Vor der Kirche konnte Obmann-Stellvertreter Franz Jordan als einzigen Vertreter des Landes Kärnten, den Zweiten Landtagspräsidenten Rudolf Schober begrüßen. Weiters hieß er als Ehrengäste u. a. willkommen:

Den Grundeigentümer Benjamin Kumprej, den ehemaligen Landesamtsdirektor Karl Anderwald, den einstigen Militärkommandanten der Steiermark, Arno Manner, den Vizebürgermeister der Stadt Bleiburg, Manfred

Daniel und die Geschäftsführerin des Alpenländischen Kulturverbandes Graz, Renate Reimann.

Mahnung zur Versöhnung im gemeinsamen Opfergedenken

Obmann Josef Feldner betonte in seiner Ansprache, dass man nicht gekommen sei, um Misstrauen zu säen oder Vergeltung zu fordern, sondern um das gemeinsame Schicksal

schuldloser Menschen aus Kärnten und Slowenien zu beklagen. Möge das Denkmal zur Pilgerstätte des Friedens und der Versöhnung werden, sagte Feldner. Denn nicht was gewesen ist, sondern was ist und vor allem was sein soll, müsse unser Handeln bestimmen.

Er rief dazu auf, das Miteinander über ideologische, sprachliche und religiöse Unterschiede und geografische Grenzen hinweg zu festigen.



Ein Teil der Teilnehmer vor der Kirche bei der Weihe durch Dechant Olip.

Kärntner Konsensgruppe

Erklärung zur Ortstafelfrage

Am 15. November 2010 präsentierte die Kärntner Konsensgruppe bei einer Pressekonferenz im KHD-„Haus des Dialogs“ nachstehende ERKLÄRUNG zur Ortstafelfrage:

„Die Kärntner Konsensgruppe begrüßt die jüngsten Koordinierungsgespräche auf Bundes- und Landesebene zur endlichen Lösung der strittigen Kärntner Ortstafelfrage und weist auf seinen als „Karner-Papier“ bekannten „historischen“ Vorschlag vom 15. Mai 2005 hin, auf dem zwei Lösungsmodelle der Regierungsparteien aus 2006 und 2007 aufbauten.

Die bei den Regierungsgesprächen erarbeiteten „Leitlinien“ stellen einen Mix aus diesen drei Modellen dar. Die Bundesregierung ist nun aufgerufen, auf dieser Basis, unter zusätzlicher Berücksichtigung aller bisher ergangenen Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes und weiterer Überlegungen ehestmöglich, und nicht erst 2012, eine rechtsstaatliche Lösung zu finden.

Zur hiefür notwendigen „Feinabstimmung“ ist die Kärntner Konsensgruppe mit Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl, Marjan Sturm und Stefan Karner als Moderator einzuladen. Die Konsensgruppe hat mit ihrem breitest anerkannten Lösungsvorschlag im Vorfeld der Politik nicht nur ernsthafte Lösungsbereitschaft, sondern auch große Lösungskompetenz bewiesen.

Dazu kommt noch, dass eine Ortstafellö-



Die Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Marjan Sturm und Heinz Stritzl (v. r.) einigten sich im KHD-Haus auf eine nachstehend vollinhaltlich wiedergegebene ERKLÄRUNG.

sung nur dann eine dauerhafte sein kann, wenn sie breite Zustimmung in beiden Kärntner Bevölkerungsgruppen findet. Diesbezüglich hat die Kärntner Konsensgruppe als NGO mit ihrem Streben nach Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens bereits wertvolle Vorarbeit geleistet, wofür sie im Vorjahr national und international ausgezeichnet worden war. Überdies vertreten deren Mitglieder repräsentative Organisationen der beiden Bevölkerungsgruppen in Kärnten.

Auch aus diesem Grund erwartet die Kärntner Konsensgruppe als breit anerkanntes, Volksgruppen übergreifendes zivilgesellschaftliches Koordinierungsorgan, in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden zu werden.

Um eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung für das nunmehr zu erarbeitende Lösungsmodell zu erzielen, appelliert die Kärntner Konsensgruppe an die Politik, einer weiteren möglichen Ausgrenzung von konsens- und verständigungsbereiten Gruppierungen, wie den Kärntner Heimatdienst und auch der Konsensgruppe insgesamt, nicht nur entschieden entgegenzutreten, sondern diese Gruppierungen auch offensiv zu unterstützen.

Die Kärntner Konsensgruppe begrüßt die bekundete Absicht von Staatssekretär Josef Ostermayer, einen „Konsensausschuss“ einzurichten, dem u.a. auch Vertreter von Vereinigungen angehören sollen, zu deren Zielen die Verständigung zwischen den Volksgruppen gehört.“

EU-Abg. Strasser will Verständigungsarbeit in Brüssel unterstützen

Der Delegationsleiter der ÖVP im Europaparlament, EU-Abg. Ernst Strasser, besuchte heute die Konsensgruppe im Haus des Kärntner Heimatdienstes und zeigte sich beeindruckt von deren Aktivitäten, die vom Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen, Bernard Sadovnik, vorgestellt worden waren.

Es sei, so Strasser, ein Beweis erfolgreicher Versöhnungsarbeit, wenn ehemalige Kontrahenten sich im nun als „Haus des Dialogs“ beschrifteten Haus des Heimatdienstes zu einer gemeinsamen Pressekonferenz treffen.



Ex-Innenminister Strasser wurde von den Mitgliedern der Konsensgruppe (Stefan Karner war verhindert) über deren vielfältige Arbeit informiert.

Strasser sagte spontan zu, bei seinen österreichischen Fraktionskollegen im Parlament

parteiübergreifende Unterstützung der Konsensgruppe zu erwirken.

Darüber hinaus will er auch den slowenischen Abgeordneten im Europaparlament die Bedeutung der grenzüberschreitenden Friedens- und Verständigungsarbeit der Kärntner Konsensgruppe nahebringen.

Der Delegationsleiter bezeichnete die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe als europäisches Modell, das bereits im Vorjahr vom Europaparlament durch Verleihung des Europäischen Bürgerpreises gewürdigt wurde.

Anfang März des kommenden Jahres ist geplant, eine in Vorbereitung befindliche Dokumentation mit dem Arbeitstitel „Fünf Jahre erfolgreiche Versöhnungsarbeit der Konsensgruppe“ in Brüssel oder Straßburg einem breiten Kreis von Europapolitikern vorzustellen.



Thilo Sarrazin:

Ein Mann rüttelt Deutschland wach

Jahrzehnte hindurch haben die Regierungen in Deutschland und auch in Österreich Zuwanderung als Gegebenheit hingenommen, ohne sich ernstlich Gedanken zu machen über tief greifende Folgen und Gefahren.

Multikulti-Träumereien auf der einen, „Ausländer-raus“-Forderungen auf der anderen Seite

Grünalternative träumen seit vielen Jahren von einer multikulturelle Zukunft in der alle Menschen friedlich und harmonisch zusammenleben werden.

Rechtsextreme Gruppierungen wiederum arbeiten mit ihren pauschalierenden „Ausländer-raus“ Forderungen der Integration von legal im Land lebenden Zuwanderern entgegen.

Dazwischen besteht, aus Versäumnis der Regierungen, Vakuum oder bestenfalls Stückwerk, ohne ein zukunftsorientiertes staatliches Generalkonzept darüber, mit welchen Maßnahmen ein friedliches Zusammenleben der autochthonen Bevölkerung mit den Zugewanderten und deren Nachkommen in Zukunft sicher gestellt werden soll.

In diesem Klima der Unsicherheit und des Unbehagens nahm Thilo Sarrazin, eine bekannte Persönlichkeit in Deutschland, mit einem dramatischen Aufruf, zusammengefasst in einem Buch, das Heft in die Hand.

„Deutschland schafft sich ab“. Ein Buch das zum Umdenken zwingt

„Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Diesen Ausspruch von Ferdinand Lassalle setzt Sarrazin in der Einleitung seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ an die Spitze.

Ungetrübter Wohlstand habe die Schärfe der Deutschen getrübt für die Gefahren und Fäulnisprozesse im Inneren der

Gesellschaft. In dieser Situation gelte es fast schon als politisch unkorrekt, sich um Deutschland als Land der Deutschen Sorge zu machen, meint Sarrazin und appelliert an einen gesunden Selbstbehauptungswillen als Nation.

Der erfolgreiche Fachökonom, Spitzenbeamte und Politiker Sarrazin resigniert jedoch trotz der „Fäulnisprozesse im Inneren der Gesellschaft“ nicht, wenn er aufrüttelnd meint:

„Es gibt immer Ansatzpunkte, manches zum Positiven zu wenden. Man muss es nur tun!“

Was tun?



durchwegs kontrovers. Die Beurteilung reicht von „Volksheld“ bis zu „gefährlicher Provokateur“.

Zur Frage „Was tun?“, stellt Sarrazin die Integration muslimischer Migranten an die Spitze, die er als besonders schwierig bezeichnet und nennt als Grundforderung die Erhöhung ihrer niedrigen Erwerbsbeteiligung, die Verringerung ihrer Abhängigkeit von Sozialtransfers und die Notwendigkeit, den Dreiklang Sprache, frühkindliche Erziehung und Bildung in den Vordergrund zu stellen.

In diesem Zusammenhang müsste die „aufnehmende Gesellschaft“ gegenüber den Zu-

wanderern eine klare „Erwartungshaltung“ vermitteln.

Deren Tenor müsste sein:

- „Wer da ist und einen legalen Aufenthaltsstatus hat, ist willkommen,
- aber wir erwarten von euch, dass ihr die Sprache lernt,
- dass ihr euren Lebensunterhalt mit Arbeit verdient,
- dass ihr euch an die Sitten und Gebräuche Deutschlands anpasst.“

Sarrazin geht sodann noch einen Schritt weiter und erwartet zumindest von der zweiten Generation der Migranten eine über die bloße Respektierung unserer Sitten und Gebräuche hinausgehende allmähliche Übernahme unserer Lebensweise, allerdings ohne notwendige Aufgabe des muslimischen Glaubens: Wörtlich:

- „Wenn ihr muslimischen Glaubens seid, o.k. Damit habt ihr dieselben Rechte und Pflichten wie heidnische, evangelische oder katholische Deutsche.
- Aber wir wollen keine nationalen Minderheiten. Wer Türke oder Araber bleiben will und dies auch für seine Kinder möchte, der ist in seinem Herkunftsland besser aufgehoben.
- Und wer vor allem an den Segnungen des deutschen Sozialstaats interessiert ist, der ist bei uns schon gar nicht willkommen.“

Auch wenn man nicht allen Ansichten und Forderungen Sarrazins zustimmen sollte, so kann sich wohl niemand, dem die Zukunft Deutschlands und Österreichs nicht gleichgültig ist, darüber völlig hinwegsetzen.

Sarrazin ist es jedenfalls gelungen, eine bundesweite Grundsatzdebatte zu diesem Thema in einem so gewaltigen Umfang auszulösen, wie das zu keinem anderen Thema in den vergangenen Jahrzehnten der Fall gewesen ist.

Unsere Tausenden Gönnern, Aktivisten, Mitgliedern und Sympathisanten ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2011



Obmann Dr. Josef Feldner im Namen des Kärntner Heimatdienstes

Wovor Kritiker bisher vergeblich gewarnt hatten:

Nachgiebigkeit verhindert Integration

Thilo Sarrazin hat mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine ganze Nation tief aufgewühlt. Dabei hat er – wenn auch auf sehr drastische Weise – nur Probleme aufgezeigt, die einer Mehrzahl der Bürger längst bereits unter den Nägeln brennen, von der Politik jedoch seit Jahrzehnten ungelöst blieben. Es sind die zukunftsverändernden Probleme, die durch stetig steigende Zuwanderung, insbesondere von Moslems, entstanden sind und die, sollten sie weiterhin ungelöst bleiben, unser ganzes zukünftiges Leben dramatisch verändern könnten.

Wir brauchen eine klare Haltung in den Grundsätzen

Diese vor drei Jahren in einem Interview für die KLEINE ZEITUNG vom „Spiegel“-Journalisten **Henryk M. Broder** erhobene Forderung bezieht sich insbesondere auf zugewanderte radikale Moslems, die zu große Nachgiebigkeit als Schwäche auslegen.

Konkret geht es um das Versäumnis der Politik in Deutschland und Österreich, Zuwanderern klar zu machen, dass sie sich uns anpassen haben, und nicht umgekehrt.

Während der weitaus größere Teil der Zuwanderer, auch aus Moslemstaaten, dies akzeptiert, versuchen radikale Islamisten uns ihre Lebensweise und religiösen sowie gesellschaftlichen Vorstellungen aufzuzwingen.

Nachgiebigkeit ist hier nicht angebracht. Diese wird besonders gefährlich, wenn etwa Richter Bereitschaft zeigen, islamisches Recht (Scharia) anzuwenden, wie das an deutschen Gerichten bereits wiederholt geschehen ist. So hat ein Gerichtsurteil in Frankfurt, das einem muslimischen Ehemann in Deutschland ein Züchtigungsrecht gegen seine Frau zuerkennt, für großen Unmut in der Bevölkerung gesorgt.

Der deutsche Islamforscher mit Migrationshintergrund, **Bassam Tibi**, warnt davor islamisches Recht in Europa anzuwenden. Damit würde man Integration unmöglich machen.

Tibi erwähnt als Negativbeispiel Großbrit-



Artikel aus der deutschen Bild-Zeitung.

tannien, das als bisher einziges EU-Land sogenannte, in Moscheen integrierte „Scharia-Räte“ anerkennt. Damit würden gefährliche Parallelwelten geschaffen, in denen Muslime nach anderen Gesetzen und Normen leben als Nichtmuslime.

2050 könnten bereits 20% der EU-Bürger Moslems sein

Während die Integration von zugewanderten, nicht muslimischen Asiaten problemlos funktioniert, gilt das nicht für einen großen Teil der Zuwanderer, vor allem aus der Türkei

und dem arabischen Raum. Wie groß das Problem mit integrationsunwilligen Zuwanderern bereits ist und noch verstärkt in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen könnte, erkennt man bei Betrachtung der demografischen Entwicklung in Europa:

Lebten 1950 nur 800.00 Moslems in Westeuropa, so sind es heute schon schätzungsweise 23 Millionen. Geht diese Entwicklung so weiter, dann könnten 2050 schon mehr als 20%(!) der EU-Bürger an Allah glauben. Bassam Tibi warnt: „Gelingt das nicht, diese zu integrieren, dann wäre das das Ende Europas!“

Auch wenn man davon ausgehen darf, dass auch in Zukunft ein großer Teil der zugewanderten Moslems bereit sein wird, sich zu integrieren, so wären die Veränderungen in Europa mit gravierenden Auswirkungen auf alle unsere Lebensbereiche dennoch gewaltig.

Aufregung wegen Mietvertrag mit Moslem-Klausel und einem irrtümlich verabreichten Schweinsschnitzel

Neben einer zunehmenden Bereitschaft, islamisches Recht in Europa anzuwenden,



„Klein Istanbul“ an der Spree. Das in der „Krone“ veröffentlichte Bild zeigt einen Park in Berlin.



„Der Spiegel“ (Nr. 37/2010) bringt das erschreckende Bild von einer Jugendgang in Berlin-Kreuzberg.

steigt auch die Bereitschaft, auf islamische Lebensweise verstärkt Rücksicht zu nehmen.

Vor einigen Wochen schockte das deutsche Massenblatt BILD mit der Schlagzeile in Riesenlettern auf der Titelseite: „Kein Alkohol! Kein Schweinefleisch! Keine Zins-Geschäfte! 1. Mietvertrag mit Islam-Klausel!“

Wer mit seiner Firma in ein 6000 qm großes Bürohaus am Ernst-Reuter-Platz 2 in Berlin einziehen möchte, muss sich vertraglich verpflichten, mit Alkohol, Schweinefleisch oder Finanzdienstleistungen keine Geschäfte zu machen.

BILD dazu: „Diese Mietklausel der muslimischen Besitzer des Hauses macht fassungslos!“ Damit würde „Multikulti zum Irrsinn“, meint der Artikelverfasser und prophezeit:

„Es könnte bald noch mehr solcher Verträge geben. Es gibt ein steigendes Interesse von arabischen Investoren am deutschen Markt.“

In derselben Ausgabe weist BILD dann auch noch auf einen weiteren Fall zu großer Nachgiebigkeit gegenüber muslimischen Migranten hin:

An einer Schule in Rheinland-Pfalz gab eine Lehrerin einem türkischen Schüler irrtümlich ein Schweinsschnitzel. Obwohl dieser den Irrtum sofort bemerkte und das Schnitzel einer deutschen Schülerin weitergab, erschienen einige Tage später 15 aufgebrachte türkische Mütter und Väter und forderten die sofortige Entlassung der Lehrerin. Die Schulleitung reagierte sofort und beurlaubte die Lehrerin, der nahegelegt wurde, die Schule zu wechseln. Erst die Schulbehörde beruhigte mit dem Hinweis, das Ganze sei kein Thema mehr.

Auch wenn diese beiden Vorfälle von vielen, als nicht besonders dramatisch beurteilt werden sollten, so zeigen sie doch deutlich die mit der Integration verbundenen Probleme auf.

Massive Klagen wegen wachsender Aggressivität von Migranten an deutschen Schulen gegenüber Inländern

Noch viel ernster zu sehen ist eine rasant zunehmende Aggressivität an deutschen und wohl auch österreichischen Schulen, vor allem in den Großstädten, gegenüber inländischen Schülern und Lehrern.

Politik und Lehrer klagen über eine neue Form der Diskriminierung. Migrantenkinder verprügeln und verhöhnen deutschstämmige Schüler.

Das renommierte deutsche Nachrichtenmagazin FOCUS setzte sich kürzlich ausführlich mit diesem Thema auseinander. In einem Beitrag unter dem Titel „Ins Essen gespuckt“ wird über Attacken muslimischer Schüler gegen deutsche Klassenkameraden „in Problemvierteln der Republik“ berichtet. „Sie werden geschlagen, erpresst, beschimpft.“

Es existiere eine offensichtliche Deutschenfeindlichkeit. Unter Berufung auf Klagen sogar der linksliberalen Lehrgewerkschaft GEW, heißt es im FOCUS:

„Dort, wo muslimische Kinder die Mehrheit bilden, haben in Berlin andersgläubige Klassenkameraden keinen Platz mehr zum Leben. Nazi, Schlampe, Kartoffel, Schweinefleischfresser, lauten die harmloseren Schimpfworte.

„Du Christ“ ist das härteste. Die deutsche Minderheit ist zum Freiwild für rassistische Ressentiments junger Muslime geworden.

Die deutsch-türkische Lehrerin und Buchautorin Betül Durmaz, selbst Muslima, bestätigt diese unhaltbaren Zustände und gibt auch den Eltern von aggressiv auftretenden muslimischen Schülern die Schuld, denen der Glaube wichtiger als das Lernen in der Schule sei.

Heftige Kritik übt sie an der „verfehlten Bildungs- und Integrationspolitik“, mit ihrer „romantischen Multikultiphilosophie“. Diese sei schuld an der Misere:

„Seit Jahrzehnte hat die Politik weggeschaut. Dies müssen wir täglich ausbaden.“

„Integration findet nicht statt“, klagt sie.

Deutsche Bundesfamilienministerin fordert strafrechtliche Maßnahmen auch gegen Inländerfeindlichkeit

Einen Vorstoß von oberster Stelle dagegen unternahm die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Sie fordert in einem Interview FOCUS eine offene Debatte über rassistische Muslime und ärgert sich, dass die Verletzung gegen Deutsche nicht strafbar ist. Wenn nirgends in Deutschland ein Klima der Stigmatisierung und Unterdrückung von Migranten toleriert wird, so müsse – so Schröder – ebenso sensibel reagiert werden, wenn Deutsche angegriffen werden, nur weil sie Deutsche sind. Wer auf Integrationsprobleme hinweise, gelte schnell als ausländerfeindlich, kritisiert die Bundesfamilienministerin.



Nun sieht auch ein Mitglied der deutschen Bundesregierung akuten Handlungsbedarf.

Auch wenn nach wie vor viele grüne und rote Bundes- und Landespolitiker in Deutschland die Zustände an den Schulen zu bagatelisieren versuchen, so wächst auch im linken Lager die Zahl jener, die eine Abkehr von der romantischen Multikultiphilosophie fordern. Das lässt hoffen!

Christen werden in der islamischen Welt noch immer unterdrückt

Die jüngsten Forderungen des türkischen Botschafters (siehe Seite 13) in Wien, die er im Interview mit der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ erhoben hat, wonach den Türken in Österreich die uneingeschränkte Religionsfreiheit zustehen müsse, veranlassen mich einen Blick in die Türkei zu richten und die Rechte der dortigen nichtmuslimischen Religionen unter die Lupe zu nehmen.

Keine Religionsfreiheit für Christen in der Türkei

Im neuen Fortschrittsbericht der EU-Kommission zu einem möglichen EU-Beitritt der Türkei, zeigt sich einmal mehr, dass die Türkei alles andere als ein Hort der Toleranz und des Respekts anderen Religionen gegenüber ist. Im Gegenteil: Nach Artikel 24 der türkischen Verfassung müssen sämtliche Schüler der Grundstufe an einem verpflichtenden Islamunterricht teilnehmen.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), wonach die Türkei ihr Rechtssystem mit Artikel 2 des 1. Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Einklang bringen muss, wird einfach ignoriert.

Ein Grundproblem ist die Weigerung des türkischen Staates, den nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften Rechtspersönlichkeit zuerkennen. Ähnlich wie den Deutschen in Slowenien, verweigert man den Christen in der Türkei die verfassungsrechtliche Anerkennung, aus der weitere Rechte, wie die Anrufung von Gerichten oder der Schutz von Eigentumsrechten abgeleitet werden können. Auch dies verstößt gegen die EMRK, und wurde schon mehrmals von Seiten der EU kritisiert.

Behinderungen und Verbote hagelt es auch, wenn christliche Kirchen in der Türkei Priester ausbilden wollen. Weder öffentlich, noch privat ist dies möglich.

Einen weiteren durch den EGMR sanktionierten Verstoß gegen die EMRK leistet sich die Türkei durch die Angabe der Religionszugehörigkeit auf den Personalausweisen. Dies öffnet in einer christenfeindlichen Gesellschaft natürlich Tür und Tor für Diskriminierungen aller Art.

Unser KHD-Anwalt in Brüssel



Von KHD-Vorstandsmitglied EU-Abg.
Andreas Mölzer

Die Abhaltung von Gottesdiensten wird mit allen Mitteln verhindert. Dass man Missionare als Bedrohung für die Integrität des Landes und der islamischen Religion betrachtet, ist da nur die logische Folge.

Was bleibt, sind unverbindliche Gespräche zwischen den türkischen Autoritäten und den Vertretern der christlichen Kirchen, die aber laut des Kommissionsberichts bisher noch keine Ergebnisse gebracht haben. Während die türkischen Migranten mit Unterstützung der türkischen Regierung und ihrer Repräsentanten in Europa sämtliche Rechte einfordern, gesteht man den Christen in der Türkei nicht einmal die rudimentärsten Rechte zu.

Dies beweist einmal mehr, dass dieses asiatische Land nicht nur geographisch, sondern auch kulturell und im Lichte eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates kein Teil Europas und der EU sein kann.

Mordanschlag auf Christen in Ägypten

Auch in anderen muslimischen Ländern gibt es Grund zur Sorge. Blicken wir nach Ägypten. Hier lebt eine der ältesten christlichen Gemeinschaften der Welt, insgesamt etwa 8 bis 10 Millionen Menschen. Am 6. Jänner dieses Jahres – das ist der Tag, an dem die ägyptischen Christen Weihnachten feiern – wurden sechs christliche Kirchgänger beim Verlassen der Kirche mit Maschinengewehren erschossen. Seitdem befindet sich das Land in ununterbrochenen religiösen Unruhen.

Christenverfolgung in Pakistan

In Pakistan wurde die Christin Asia Bibi wegen Blasphemie zum Tode verurteilt. Sie hat sich mit muslimischen Frauen gestritten, worauf diese sie wegen Beleidigung des Propheten Mohammed angezeigt haben. Asia Bibi bestreitet nach wie vor, den Propheten jemals beleidigt zu haben und sieht sich als Opfer islamistischer Rechtsprechung. Die fünffache Mutter wäre der erste Fall von Blasphemie, in dem tatsächlich die Höchststrafe angewandt würde. Bisher wurden jeweils „nur“ mehrjährige Haftstrafen erteilt. Doch auch außerhalb des Gerichtssaals sehen sich Christen in Pakistan oft Anfeindungen und Angriffen radikaler Islamisten ausgesetzt. Der religiöse Fundamentalismus hat in Pakistan Tradition. Im Juli erst wurden zwei christliche Brüder, die der Verbreitung blasphemischer Broschüren beschuldigt waren, außerhalb des Gerichtshofs erschossen. Zwei christliche Dörfer wurden im vergangenen Sommer zerstört.

Irak: Christen droht Auslöschung

Seit dem Angriff auf den Irak im Jahr 2003 werden Christen systematisch von islamistischen Militanten angegriffen.

Vor kurzem stürmten islamistische Attentäter während der Abendmesse die syrisch-katholische Kirche in Bagdad und töteten 58 Christen, darunter Kinder und Geistliche. Während die westlichen Menschenrechtsspezialisten über den Vorfall schweigen, kommt die schärfste Kritik ausgerechnet aus dem Iran, wo religiöse Minderheiten durchaus respektiert werden.

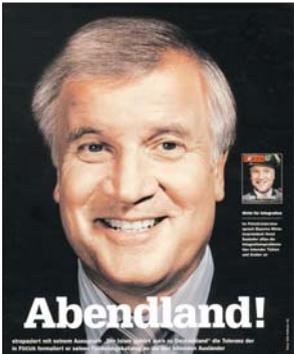
Der Irak wurde in den vergangenen Wochen beinahe täglich zum Schauplatz von Anschlügen. Die irakischen Christen ziehen die Konsequenzen und wandern aus nach Jordanien oder Syrien. Vor dem Angriff auf den Irak lebten hier 1,2 Millionen Christen – sie stellen 90 % der religiösen Minderheiten im Irak. Heute sind es noch 300.000. In kurzer Zeit, vielleicht schon in einem Jahr, wird die christliche Minderheit im Irak aufhören zu existieren.

Die Lage der Christen in der islamischen Welt ist mehr als bedrohlich. Ich habe mich daher entschlossen, im Europäischen Parlament zwei Anträge einzubringen, die die Aufmerksamkeit der EU auf dieses Thema lenken und Maßnahmen zum Schutz der Christen anregen sollen.

Nun ist die Politik zum Handeln gezwungen

Seit Jahren wird der Politik vorgeworfen, in der Integrationspolitik versagt und die Wirklichkeit ignoriert zu haben. „Der Spiegel“ bezeichnete dies kürzlich als ein „Bündnis der Weggucker“. Das soll nun anders werden, auch in Österreich. Geschafft habe dies ein Mann, Thilo Sarrazin, der seine „kruden Erkenntnisse“ („Der Spiegel“) ganz nach oben katapultierte.

Bayerns Ministerpräsident Seehofer legt 7-Punkt-Plan zur Integration vor



Von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel abwärts, befasste sich ganz Deutschland, wenn auch sehr kontrovers, mit dem „Aufwecker“ Sarrazin.

Während die meisten Politiker sich vorerst darauf beschränkten, Sarrazin, je nach ideologischer Ausrichtung als Provokateur zu verurteilen oder als „Aufwecker“ zu würdigen, entschloss

sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zum sofortigen Handeln.

In einem „7-Punkte-Plan zur Integration“ präzisierte er seine Vorstellungen zur Lösung der Integrationsprobleme in Deutschland. Nachfolge die wichtigsten Passagen:

1. Deutschland ist kein Zuwanderungsland

Ausschöpfung des heimischen Arbeitsmarktes und jenes der EU. Zuwanderung aus Drittstaaten soll sich auf den Bereich der Hochqualifizierten beschränken.

2. Restriktive Handhabung des Familiennachzugs

Ohne Sprachnachweis (bereits 2007 erfolgreich eingeführt) kein Zuzug von Familienangehörigen, deren Alter auf zwölf Jahre herabgesetzt werden müsse.

3. Integrationswillige Migranten fördern, Integrationsverweigerung nicht hinnehmen und konsequent sanktionieren

Wer die Integration seiner Familienangehörigen behindert, wird wie bei eigener Integrationsverweigerung sanktioniert.

4. Integration heißt Deutsch lernen

Verschärfung der Prinzipien „Deutsch vor Einschulung“ und „Deutsch vor Zuzug“. Islamunterricht in deutscher Sprache für muslimische Kinder unter staatlicher Schulaufsicht und durch in Deutschland ausgebildete Islamlehrer.

5. Integration durch Teilhabe und Arbeit

Aktivieren statt alimentieren. Arbeitssuchende müssen Deutsch können, andernfalls gibt es Leistungskürzung bis auf null.

6. Keine Abschottung in Parallelgesellschaften

Die Verhinderung von Parallelgesell-

schaften ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss alle Politikbereiche einschließen.

7. Integration und Zusammenhalt brauchen gemeinsame Werte

An der Spitze steht ein „Wertekonsens“ über Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit mit dem klaren Ziel:

Nicht nebeneinander, sondern miteinander leben, aus innerer Überzeugung auf dem gemeinsamen Fundament der Wertordnung, in Deutschland des Grundgesetzes und der deutschen Leitkultur. Einbürgerung erst nach Abschluss erfolgreicher Integration.

Schon vor der Vorstellung seines 7-Punkte-Plans hatte Seehofer eine weitere Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen abgelehnt.

Auch Kanzlerin Merkel und SPD-Vorsitzender Gabriel nehmen Stellung

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt eine Reihe von Vorstellungen von Thilo Sarrazin ab, fordert jedoch von Migranten ebenfalls genügend Deutschkenntnisse und die Achtung des deutschen Rechts. Merkel bekennt auch, dass „Multikulti gescheitert“ sei.

Auch von SPD-Seite wird nun heftige Kritik an Integrationsverweigerung geübt. So fordert SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Wer auf Dauer alle Integrationsangebote ablehnt, der kann ebenso wenig in Deutschland bleiben, wie vom Ausland bezahlte Hasprediger in Moscheen.“

Grundregeln für

Auch an Österreich ging die Diskussion über Thilo Sarrazin und seine aufwühlenden Warnungen keineswegs spurlos vorbei. Themen, wie Deutsch-Pflicht, „Rot-Weiß-Rot“ Karte, Anwesenheitspflicht und strengere Regeln für Asylwerber wurden und werden heftig diskutiert.

Wir haben bereits in der Dezember-Ausgabe 2009 „Einige Grundregeln zur Wahrung des sozialen Friedens“ formuliert, die wir nun etwas modifiziert und erweitert wiedergeben wollen:

■ An die Spitze zu stellen ist die Forderung nach einer einheitlichen europäischen Einwanderungspolitik, die so restriktiv wie möglich gestaltet werden und sich nach dem Bedarf

der benötigten Arbeitskräfte richten muss.

- Asyl ist ein humanitäres Gebot. Asylmissbrauch muss jedoch rigoros geahndet werden. Von der Möglichkeit eines humanitären Bleiberechts für gut integrierte Migranten sollte weniger restriktiv als bisher, unter Ausschluss eines generellen Rechtsanspruchs, Gebrauch gemacht werden.
- Nur Anpassung verhindert Kulturkampf und Sozialkonflikte. Ausländer haben sich

Türkischer Botschafter provoziert mit undiplomatischen Aussagen

Mit einem Interview für die Tageszeitung „Die Presse“ löste der türkische Botschafter Kadri Eved Tezcan in Wien ein politisches Erdbeben aus. Empörung in der Regierung und überwiegend negative Kommentare in den Medien. Tezcan ist es jedenfalls gelungen, Probleme aufzuzeigen, die bisher unter den Teppich gekehrt worden waren.

Damit regte der Botschafter auf:



Tezcan, der angibt 250.000 Türken in Österreich zu vertreten, behauptet im Interview, die Türken seien in Österreich nicht willkommen.

„Wenn ihr keine Ausländer wollt, dann jagt sie doch fort“, lautet dazu seine provokante Feststellung.

Der Wiener Stadtregierung unterstellt er, die Türken ins Getto zu drängen, weil sie, wenn sie Wohnungen beantragen, immer in dieselbe Gegend geschickt werden würden.

Forderungen nach Kopftuchverbot weist er scharf zurück: „Ihr habt da nichts zu sagen.“ Andererseits findet er kein Wort der Kritik an der niedrigen Beschäftigungsquote der türkischen Frauen, die oft von ihren Männern eingesperrt werden.

Mit einer heftigen Kritik an Innenministerin Fekter und auch an der SPÖ mischt sich Tezcan offen in innerösterreichische Angelegenheiten ein.

Nach der Feststellung, in der Stadt Wien fehle die „interkulturelle Offenheit“, geht er noch einen Schritt weiter: „Wenn ich der Generalsekretär der UNO, der OSZE oder OPEC wäre, würde ich nicht in Wien bleiben.“

Heftige Kritik vom Bundeskanzler abwärts

„Die Aussagen des Botschafters sind unprofessionell und inakzeptabel“, kritisiert Bundeskanzler Werner Faymann. Innenministerin Maria Fekter spricht von einer „unglaublichen, eines Botschafters unwürdigen Entgleisung“.

Anderer der Grün-Abgeordnete Alexander van der Bellen: „Tezcan hat den Finger auf viele wunde Punkte gelegt.“ Auch der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer findet, anders als HC Strache, der die sofortige Abberufung des Botschafters fordert, dass dieser den „Kreis der Schönredner durchbrochen und Probleme aufgezeigt hat.“

Weghören und Wegsehen ist der falsche Weg

Viel zu lange hat Österreichs Politik weg-



Türkische Frauen beim Einkauf in Wien.

geschaut und weggehört, wenn Kritik an der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Türken in Österreich laut wurde. Wie falsch, ja gefährlich das ist, zeigt, dass sich einer Mikrozensus-Erhebung zufolge 70% der rund 250.000 Personen mit türkischem Migrationshintergrund Österreich auf patriotischer Ebene nicht verbunden fühlen. Ihre Heimatliebe gehört der Türkei.

Darüber zu diskutieren, ist ein Gebot der Stunde. Dazu müssen sich möglichst viele Teile unserer Gesellschaft einbringen, unter Einbeziehung der dialogbereiten Migrantenveteranen.

sozialen Frieden

unserer Lebensweise anzupassen. Anpassung bedeutet jedoch nicht Assimilierung. Es gilt das Prinzip der Religionsfreiheit. Für Missachtung und Misshandlung von Frauen darf es keine Toleranz geben. Die Anwendung des islamischen Rechts (Scharia) für Zuwanderer muss vor österreichischen Gerichten und Verwaltungsbehörden ausgeschlossen bleiben.

■ **Integration ist eine Bringschuld für Zuwanderer.** Diese haben unsere Gesetze zu beachten, unsere Sprache zu erlernen und

unsere Kultur zu respektieren. Integration verhindert die Bildung von Parallelgesellschaften.

■ **Zur Integration hat aber auch die einheimische Bevölkerung beizutragen.** Ein großes Problem ist, dass wir auf bereits integrierte oder integrationsbereite Zuwanderer nicht offen zugehen.

■ **Interkulturellen Dialog suchen.** Wir sollten auch den interkulturellen Dialog suchen, um einander kennen zu lernen. In Kärnten leben nach Angaben der „Isla-

mischen Glaubensgemeinschaft“ etwa 11.000 Muslime, somit nur etwas weniger als Slowenen. Wenn wir uns gegenüber Migranten abschotten, dann sind wir es, die Integration verhindern und Ausländer-Ghettos mit all ihren Gefahren fördern.

■ **Wir müssen unsere Kultur auch leben.** Um glaubwürdig Respekt gegenüber unserer Kultur einfordern zu können, müssen wir diese auch selbstbewusst leben.

LH Dörfler zeigt Lösungsbereitschaft in der Ortstafelfrage

Bringt Dörfler Gallob und Schretter auf Konsenskurs?



Von KHD-Obmannstellvertreter Franz Jordan

Vor der Landtagswahl 2009 verkündete der Kärntner Landeshauptmann feierlich in einem Manifest, „Seite an Seite mit jenen Traditionsverbänden“ zu stehen, „die keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln wollen“. Plötzlich ist alles anders. Nun will auch Dörfler eine Lösung, gegen die er sich so lange gewehrt hatte. Und er schließt eine Erweiterung auf 141 bis 163 zweisprachige Ortstafeln nicht mehr aus. Damit befindet er sich auf der Linie des Heimatdienstes und der Konsensgruppe und erntet dafür von allen Seiten berechtigtes Lob.

„Leitlinien“ vereinbart. Koordinierungsgespräche haben Heimatdienst voll bestätigt

Bei den „Koordinierungsgesprächen“, die Staatssekretär Josef Ostermayer vor einigen Wochen u. a. mit LH Gerhard Dörfler in Kärnten führte, sei eine Reihe von „Leitlinien“ außer Streit gestellt worden:

- Eine Neuregelung soll bis 2012 auf Basis eines Verfassungsgesetzes zwischen 141 und 163 zweisprachige Ortsbezeichnungen, in Ortschaften mit mehr als 10%, in Gemeinden mit mindestens 15% Sprachslowenen, auf Basis der Volkszählung 2001, umfassen.
- Die bis vor kurzem von Dörfler noch vehement geforderte Minderheitenfeststellung sei vom Tisch ebenso eine Öffnungsklausel. Damit ist der Heimatdienst – auch wenn es nicht in allen Punkten Übereinstimmung gibt – in seinem seit fünf Jahren trotz vieler Widerstände unverrückbar aufrecht gebliebenen Konsenskurs voll bestätigt.

Jetzt müssen auch die bisherigen Lösungsverweigerer Farbe bekennen

Fritz Schretter, Obmann des Abwehrkämpferbundes und Rudolf Gallob, der Sprecher des Kameradschaftsbundes, der Ulrichsberggemeinschaft und der „Partnerschaft Unser Kärnten“, haben sich in den vergangenen Jahren in der Rolle der Dialog- und Konsensverweigerer sehr wohl gefühlt. In dieser Positionierung konnten sie als Außenstehende be-

quem weitere zweisprachige Ortstafeln mit der Schaffung eines „slowenischen Territoriums“ in Verbindung bringen und permanent Angstmache betreiben.

Das wird nun nicht mehr so leicht sein. Jetzt hat LH Dörfler seine beiden bisherigen willfähigen Erfüllungsgehilfen in den Lösungsfindungsprozess eingebunden, wo sie auf Konsenskurs gebracht werden sollen.

Das ist zu begrüßen. Besteht damit zumindest die theoretische Hoffnung, dass die beiden Herren nun den für sie ganz sicher unbequemeren Weg des Konsenses werden einschlagen müssen.



Jänner 2007: Gallob und Schretter zeigen stolz ihre „Kärnten-Erklärung“ in der sie sich gegen jede weitere zweisprachige Ortstafel aussprechen und vor „Slowenisch-Kärnten“ warnen. Werden sie nun umdenken?

Dörfler muss nun die absurde Ausgrenzung des KHD beenden

Da Landeshauptmann Dörfler nun doch für eine Lösung der strittigen Ortstafelfrage ein-

tritt, die weitgehend mit dem Lösungsvorschlag der Konsensgruppe und damit auch des Heimatdienstes übereinstimmt, wird er wohl oder übel die mit Attacken begleitete Ausgrenzung des KHD einstellen müssen.

Dörfler wird sehr bald einsehen, dass er sich bei seinem Streben um eine vernünftige Lösung nicht länger gegen Tausende Mitglieder und Förderer des Heimatdienstes stellen kann, die – auch im Interesse des Ansehens Kärntens – für eine Beendigung eines Streits eintreten, für den kein Mensch außerhalb unseres Landes Verständnis hat.

Und er wird schließlich auch einsehen müssen, dass eine Ortstafellösung – soll diese von Dauer sein – die breite Zustimmung beider Kärntner Bevölkerungsgruppen und nicht nur jene der Politik braucht, die nur im allseitigen Dialog ohne jegliche Ausgrenzung erzielt werden kann.

Ostermayer kündigt „Konsensausschuss“ an. Damit wäre Forderung des Heimatdienstes erfüllt

Erfreulich ist, dass Staatssekretär Ostermayer kürzlich die Gründung eines „Konsensausschusses“ ankündigte, der schon vor Jahren vom Heimatdienst gefordert und daraufhin 2007 in den nicht realisierten SPÖ-Lösungsvorschlag aufgenommen worden war.

Dieser Konsensausschuss soll eine breite Plattform bilden, und auch Vertreter von Vereinigungen – wie den Heimatdienst – einbinden, zu deren Zielen die Verständigung zwischen den Volksgruppen gehört.

Der KHD wird jede Initiative begrüßen, die der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens dient.



Dörfler zeigt nun Lösungsbereitschaft.

Mit nationalem Selbstbewusstsein Herausforderungen begegnen

Der inzwischen längst bereits zum Possenspiel verkommene Ortstafelstreit zeigt nicht allein eine erschreckende Entscheidungsschwäche der Politik auf, sondern auch einen eklatanten Mangel innerhalb der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung an nationalem und kulturellem Selbstbewusstsein. Verhaftet in der Vergangenheit, geplagt von anachronistischen Ängsten, voller Misstrauen, leiden noch viel zu viele Menschen bei uns an Realitätsverlust, der kein offenes Zugehen auf „die anderen“ zulässt.

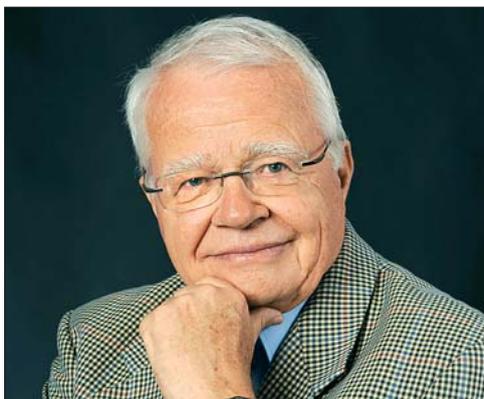
Wir sind die Mehrheit! Wovor sollen wir noch Angst haben?

- In Kärnten leben heute rund 550.000 Menschen, hievon nur 12.500 mit slowenischer Umgangssprache, zumeist neben der deutschen.
- Das sind 2,3% der Kärntner Gesamtbevölkerung.
- Für eine neue Ortstafelregelung kommen nur maximal 163 von insgesamt 2.824 Ortschaften in Betracht. 85 hievon stehen schon seit 1977.
- Das kommunistische Jugoslawien mit 23 Millionen Einwohnern gibt es längst nicht mehr.
- Unser EU-Nachbar Slowenien mit nur 2 Millionen Einwohnern ist eine demokratische Republik und stellt keinerlei Gefahr mehr dar.
- Gebietsforderungen an Kärnten sind illusorisch geworden.
- Die Kärntner Landeseinheit ist gesichert. Das sind die Fakten! Wovor sollen wir heute noch Angst haben?

Angst resultiert aus Unwissenheit und ist ein Zeichen mangelnden Selbstbewusstseins

Ängste entstehen aber auch aus Unwissenheit. Das zeigt sich besonders eklatant in der bei vielen Menschen noch vorhandenen Angst vor einigen Dutzend weiteren zweisprachigen Ortstafeln.

Diese Ängste nützen gewissenlose Grup-



Von Josef Feldner

pierungen aus, um deutschsprachigen Südkärntnern das Schreckgespenst eines künftigen „Slowenisch-Kärnten“ an die Wand zu malen.

Der Politik ist der Vorwurf zu machen, dieser Panikmache nicht mit Aufklärung über die in Wirklichkeit minimalen Auswirkungen einer erweiterten Ortstafelregelung begegnet zu sein. Somit blieb und bleibt es einzig und allein dem Heimatdienst überlassen, mit beträchtlichem Kostenaufwand die Bevölkerung darüber zu informieren, um Ängste zu nehmen.

Ein gefestigtes Selbstbewusstsein lässt Großzügigkeit zu

Die Tatsache, dass die Deutschkärntner eine Mehrheit von fast 95% bilden – neben unseren slowenischen Mitbürgern leben noch etwa gleich viele Moslems in Kärnten – müsste eigentlich der Garant für ein gefestigtes kulturelles Selbstbewusstsein sein.

Aus einer so großen Mehrheitsposition heraus, sollte nicht nur ein angstfreies und offenes Zugehen auf die kleine slowenische Minderheit

eine Selbstverständlichkeit sein, sondern auch eine großzügige Einstellung gegenüber deren Wünschen und Bedürfnissen, sofern diese auch mit einem entsprechenden Augenmaß geäußert werden und der natürlichen Entwicklung als Volksgruppe dienen.

Anachronistische Forderung nach Minderheitenermittlung lässt irrationale Ängste erkennen

Solange die Slowenen auch der internationalen Öffentlichkeit gegenüber ihre Anzahl mit 50.000 und mehr angegeben hatten, war die – auch vom KHD erhobene – Forderung nach Minderheitenermittlung berechtigt. Seit jedoch alle drei Slowenenorganisationen das Ergebnis der Volkszählung 2001 – rund 12.500 Sprachslowenen in ganz Kärnten – als Basis für Minderheitenregelungen anerkennen, und somit ihre Anzahl mit jener zahlenmäßigen Stärke übereinstimmt, die die Heimatverbände Jahrzehnte hindurch als realistisch betrachteten, gibt es keinen Grund mehr an dieser Forderung festzuhalten. Die bei gewissen Gruppierungen nach wie vor aufrechte Forderung nach Minderheitenermittlung ist somit Ausdruck eines mangelnden kulturellen Selbstbewusstseins und signalisiert eine nach wie vor gegebene, wenn auch völlig irrealer Furcht vor den Slowenen insgesamt, deren Zahl man möglichst niedrig sehen möchte.

Es kommen schwere Zeiten auf uns alle zu. Nach der Griechenland-Krise folgt nun die Irland-Krise und auch bei weiteren EU-Staaten kündigen sich ernste Turbulenzen an. In diesen Zeiten ist Miteinander und nicht Gegeneinander gefragt, und vor allem auch nationales Selbstbewusstsein ohne Überheblichkeit und Aggressivität.

Heimatdienst selbstbewusst für Verständigung ohne Liebdienerei

Der KHD tritt selbstbewusst für ein gleichberechtigtes friedliches Miteinander von Mehrheit und Minderheit in Kärnten ein, ohne nationalistische Überheblichkeit, aber auch ohne Liebdienerei. Aus einer kulturell gefestigten Position heraus werden wir auch in Zukunft Maßlosigkeit und Arroganz auf slowenischer Seite kritisieren, wo immer dies angebracht ist. Ebenso werden wir gegenüber unserem Nachbarn Slowenien, mit dem wir gute Nachbarschaft pflegen wollen, auch weiterhin hartnäckig die Forderung nach Sicherung der natürlichen Entwicklung der deutschen Volksgruppe, die wir auch finanziell unterstützen, erheben.

Resolution der KHD-Hauptversammlung

PROTEST gegen Ausgrenzung, dennoch JA zum Dialog

Die am 28. November 2010 einstimmig gefasste RESOLUTION wurde der Bundesregierung, dem Nationalrat, der Kärntner Landesregierung und dem Kärntner Landtag übermittelt

KHD als Wegbereiter in der Ortstafelfrage voll bestätigt. Einbindung in den Lösungsfindungsprozess gefordert

Die Hauptversammlung begrüßt Bemühungen, wie jene von Landeshauptmann Gerhard Dörfler, um eine für die Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung akzeptable Lösung der strittigen Ortstafelfrage und sieht damit den KHD als maßgeblichen Wegbereiter voll bestätigt.

Unter Hinweis auf eine weitgehende Übereinstimmung der nun erarbeiteten „Leitlinien“ mit dem vom KHD mitgestalteten Kompromissvorschlag der Kärntner Konsensgruppe, fordert die Hauptversammlung deren Einbindung mit dem KHD in den weiteren Lösungsfindungsprozess.

PROTEST gegen Diskriminierung des KHD bei Landesförderung

Angesichts dieser Übereinstimmung gerät die im heurigen Jubiläumsjahr noch um neue Facetten erweiterte, ohne jeglichen plausiblen Grund erfolgte Ausgrenzung des Kärntner Heimatdienstes zur Politgrotteske.

Nicht genug damit, dass der Kärntner Heimatdienst als der traditionsreichste Kärntner Heimatverband, ohne Gelegenheit zu einer Aussprache erhalten zu haben, von der Mitgestaltung der offiziellen Jubiläumsveranstaltungen ausgeschlossen worden war, wurde er auch aus der Subventionsliste des Landes Kärnten gestrichen.

Die Hauptversammlung erblickt in dieser Vorgangsweise eine völlig unverständliche Diskriminierung. Dass der KHD wegen seiner Verständigungsbereitschaft mit der slowenischen Volksgruppe durch Förderungsentzug bestraft wurde, wird durch die im Gegenzug erfolgte Belohnung der bislang nicht verständigungsbereiten Traditionsvereine mit einem gegenüber den vergangenen Jahren Mehrfachen an Fördermitteln dokumentiert.

Die Hauptversammlung fordert vom Finanz- und Kulturreferenten des Landes Kärn-



Obmann Feldner beim Verlesen der Resolution.

ten, die Nachzahlung der dem KHD willkürlich vorenthaltenen Subvention für 2009 und 2010 und erwartet hierfür die uneingeschränkte Unterstützung durch alle weiteren Mitglieder der Landesregierung.

In Erinnerung an den im Vorjahr von der Hauptversammlung geforderten, bisher noch nicht realisierten Grundkonsens aller Parteien, Friedens- und Verständigungsarbeit generell zum vitalen öffentlichen Interesse des Landes Kärnten zu erklären, und im Wissen um eine bei Politikern aller Parteien vorhandenen grundsätzlichen Verständigungsbereitschaft, ruft die Hauptversammlung Politik und Medien zur Solidarität mit dem Kärntner Heimatdienst auf.

Dennoch: JA zum allseitigen Dialog und zur Zusammenarbeit

Unbeirrt durch die völlig ungerechtfertigte Ausgrenzung, unbeirrt durch die eklatante Ungleichbehandlung und durch gezielte Spaltungsversuche, wiederholt die Hauptversammlung die Bereitschaft der Führungsspitze des Heimatdienstes zum allseitigen Dialog, somit auch, trotz berechtigter Kritik, zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den zur Partnerschaft „Unser Kärnten“ zusammengeschlossenen Traditionsverbänden.

In Interesse einer endlichen Heilung der Wunden einer für beide Kärntner Bevölke-

rungsgruppen gleichermaßen unheilvollen Geschichte, mit dem Ziel einer gemeinsamen und friedlichen Zukunft, und im Wissen darüber, dass zur Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens die gesamte Bevölkerung und nicht allein die Politik eingebunden werden muss, bekräftigt die Hauptversammlung den seit 2005 von allen Vereinsgremien einmütig beschlossenen Kurs der Verständigung, der über die Kärntner Konsensgruppe hinaus zu weiteren, von der Politik zu fördernden zivilgesellschaftlichen Initiativen führen muss.

In diesem Sinne kündigt die Hauptversammlung eine Intensivierung der KHD-Aktion „JA zum Weg der Verständigung“ an, die in einer ersten Etappe schon von Tausenden Mitgliedern und Sympathisanten mit ihrer Unterschrift unterstützt wurde.

Modell zur Neuorientierung des KHD wird 2011 erarbeitet

Mit Blick in die Zukunft beauftragt die Hauptversammlung die Vereinsführung im kommenden Jahr ein Modell zur Neuorientierung zu erarbeiten, das die durch die intensivierte Verständigungsarbeit geänderte Aufgabenstellung maßgeblich zu berücksichtigen hat. Unter Beachtung der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten politischen Umwälzungen am Schnittpunkt der drei großen europäischen Völkerfamilien, müssen auch die traditionellen satzungsgemäßen Aufgaben des KHD, als überparteiliche Interessensvertretung der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung, aber auch der deutschen Volksgruppe in Slowenien, mit gefestigtem kulturellem Selbstbewusstsein der grundlegend geänderten Situation angepasst werden. Dabei dürfen künftige, auf beide Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zukommende Probleme, wie etwa jene, die sich durch Zuwanderung oder durch die Mitgliedschaft in der EU ergeben, nicht ausgeklammert bleiben.

Kärntner Konsensgruppe:

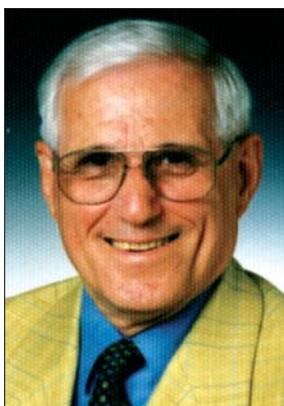
Eisbrecher in der Frage der Ortstafeln

Niemand soll sich anmaßen, für alle Kärntner zu sprechen.

Freiheitliche sprechen genau so wenig für alle Kärntner wie Abwehrkämpfer- und Kameradschaftsbund

Seit Monaten schießen sich FPK-Politiker mit Gerhard Dörfler an der Spitze auf Josef Feldner ein. Er spiele keine Rolle in der Ortstafelfrage, und weder Feldner noch die „selbst ernannte“ Konsensgruppe würden für Kärnten sprechen.

Zur Wahrheit: Die Konsensgruppe wurde von Wolfgang Schüssel und Jörg Haider mit der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen beauftragt. Diese Vorschläge waren so wichtig, dass zwei Regierungsentwürfe darauf aufbauten, die aus gegenseitigem Neid nicht realisiert wurden.



Von KHD-Vorstandsmitglied
Arno Manner

Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl, Marjan Sturm und Stefan Karner hat sich nie

Die „Freiheitlichen in Kärnten“ sprechen mit etwa 45 % Wähleranteil genau so wenig für ganz Kärnten, wie die „Partnerschaft Unser Kärnten“ mit Abwehrkämpfer- und Kameradschaftsbund sowie die Ulrichsberggemeinschaft. Die Konsensgruppe, mit

angemaßt, für alle Kärntner zu sprechen, aber sie kann heute das unwiderlegbar historische Verdienst für sich in Anspruch nehmen, Eisbrecher in der Ortstafelfrage gewesen sein.

Die Konsensgruppe war wie die „Partnerschaft“ und Slowenenverbände in die Vorgespräche mit Außenminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Josef Ostermayer eingebunden. Wer künftig beim Verhandlungstisch sitzt, ob bisherige Befürworter oder Verhinderer, ist unerheblich. Eine Lösung der Ortstafelfrage wird viele Väter haben. Eine Verhinderung würde nur zulasten unserer Kärntner Slowenen und des inneren Friedens in Kärnten gehen.

Es gilt der Spruch: „Nicht an Worten, an Taten wollen wir euch messen.“

(Leserbrief „Kleine Zeitung“ 17. Oktober 2010)



Von Heinz Stritzl,
Sprecher der
„Plattform Kärnten“

Auch Laibach für Konsens

Erster Referent einer Vortragsreihe über Volksgruppenfragen im katholischen Bildungshaus im November in Tainach war der Minister für Auslandslowenen des Nachbarstaates, Univ.-Prof. Dr. Boštjan Žekš.

Gleich zu Beginn schlug er vor, den Vortragstitel von „Koordination oder Konfrontation“ auf „Koordination und Kooperation“ zu ändern.

Bemerkenswert war seine Erklärung, dass sein Redetext nicht von der Regierung gelesen worden sei. Der Minister gab einen Rückblick auf die vergangenen 90 Jahre im Leben der Kärntner Slowenen, die sich 1920 für Mitteleuropa entschieden hätten. Die Volksabstimmung sei ein Sieg der deutschen und slowenischen Kärntner gewesen. Damals gemachte Versprechungen seien leider nicht eingehalten worden, vor allem die Kulturautonomie sei nicht zustande gekommen. NS-Deutschland habe das Problem mit Gewalt lösen wollen, was nach 1945 zu territorialen Forderungen Jugoslawiens führte. Die Rechte der Minderheit seien immer wieder verletzt worden, obwohl die Slowenen Kärntens wesentlichen Anteil am Wiederaufbau Österreichs hätten. Weder Österreich, noch Slowenien könnten auf die Nachkriegsära stolz sein.

Das Klima habe sich indessen geändert, es gebe in Kärnten Initiativen zur Verständigung. Genugtuung zeigte der Minister über die steigenden Anmeldungen zum Slowenischunter-

richt, doch hinke die Umsetzung der Minderheitenrechte in einigen Belangen nach. Österreich solle die Minderheit „gründlich“ finanzieren. Der Vortragende bejahte grenzüberschreitende Aktivitäten und wünschte, dass Hass und Angst aus dem Grenzgebiet verschwinden. Es gehe um dessen Integration und Entwicklung. Kritik übte der Redner an den Prestigekämpfen zwischen den slowenischen Organisationen und drohte sogar, den Geldhahn für die Zeitung „Novice“ abzudrehen.

Der Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen/Innen, Bernard Sadovnik versicherte, dass sich die Organisationen bereits die Hände reichten. Es sei vor allem notwendig, die Jugend für die slowenische Sprache zu begeistern und gemeinsam mit den Deutsch-Kärntnern einen Schritt vorwärts zu tun. Sadovnik verteidigte den Kärntner Heimatdienst, dessen Grundeinstellung gegenüber der Volksgruppe sich zum Positiven gewandelt habe. Jeder könne in der Konsensgruppe mitarbeiten.

Dies bekräftigte auch KHD-Obmannstellvertreter Franz Jordan, der die Einstellung von „Novice“ bedauern würde. Jordan wies noch auf die geringe finanzielle Unterstützung der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien hin, obwohl ein gemeinsames Kulturabkommen Österreich und Slowenien zu nachhaltiger Förderung verpflichtete. Außerdem wunderte sich Jordan, dass bei einer so bedeutenden Veranstaltung die Kärntner Politik durch Abwesenheit glänze.

Der Gründer der „Freiheitsbrücke“ in Marburg, Dr. Ludwig Kolnik beklagte, dass sich seit der Zugehörigkeit Sloweniens zur EU nichts für die Deutschen gebessert habe. Slowenien sei der einzige Staat der Europäischen Union, der die deutsche Volksgruppe (Gottscheer und Deutsch-Untersteirer) nicht anerkenne.

Minister Žekš fand das Problem der Deutschen in Slowenien gelöst. Es gäbe Kontakte zu ihnen. Sie seien „geschätzte Menschen“ in Slowenien, um dann doch hinzuzufügen: „Ihr Status müsste angehoben werden.“ Der Minister stimmte dem Vorschlag des Schreibers dieses Berichtes zu, das Wort Hass aus dem Vokabular im Umgang der beiden Volksgruppen zu streichen. Weiters sagte er spontan zu, sich mit der Konsensgruppe treffen zu wollen. Er glaube, dass dazu auch bei seinen Regierungskollegen Bereitschaft bestehe.

Diskussionsleiter war Dr. Teodor Domej.

Kärntner Heimatdienst

Von der Gründung bis zur Gegenwart

Ein Stück Kärntner Geschichte



- Die 176 Seiten umfassende, reich bebilderte Dokumentation spannt einen Bogen vom geistigen Kampf des historischen KHD um die Landeseinheit Kärntens im Verbund mit Österreich, über Jahrzehnte der Konfrontation, bis zu dem seit 2005 begangenen Weg der Verständigung mit unseren slowenischen Landsleuten.
- Das Buch soll Mahnung zu Gemeinsamkeit und Miteinander über ideologische und sprachliche Grenzen hinweg sein.
- In diesem Sinne bleibt Josef Feldner als Autor dieser Dokumentation, trotz darin enthaltener Kritik an der Ausgrenzung des Heimatdienstes, optimistisch, wenn er dazu abschließend feststellt:
- „Wir geben die Hoffnung auf einen allseitigen Dialog trotz allem nicht auf“

Ein wertvoller

BILDBAND als DOKUMENTATION

auch als WEIHNACHTSGESCHENK

für alle Kärntnerinnen und Kärntner, die ihre Heimat lieben, und die sich eine friedliche Zukunft wünschen. Unseren Bezieherinnen aus den anderen Bundesländern bietet das Buch auch Aufklärung über einen für viele unverständlich langen Volksgruppenkonflikt.

Preis nur 19 EURO!



Zwei prominente Stimmen zum Buch

Ich habe das Buch mit Interesse durchgesehen. Gerne nutze ich auch diese Gelegenheit, um Ihnen für Ihre Bemühungen um ein partnerschaftliches, zukunftsorientiertes Miteinander von deutsch- und slowenischsprachigen Kärntnern im Rahmen der Konsensgruppe meine Wertschätzung auszusprechen.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

Mit Neugier und großem Interesse habe ich als einer, der in dieses Bundesland zugezogen ist, in dem Buch gelesen und mir einen Einblick verschafft über die große Kraft Ihres Bemühens um den Konsens in der Ortstafelfrage und um ein versöhnungsbereites Kärnten.

Diözesanbischof Dr. Alois Schwarz



Mit dem Kauf des Buches stärken Sie auch die Arbeit des Kärntner Heimatdienstes, dem wegen seines Verständigungskurses vom Kulturreferenten des Landes die ihm zustehende Förderung gestrichen wurde.

Bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Zahlscheines.

Sie erhalten sodann das Buch umgehend und portofrei zugesandt.

Natürlich nehmen wir auch Ihre Bestellung entgegen: An Kärntner Heimatdienst, 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8.

Sie können Ihre Bestellung auch per FAX 0463/540029 oder per E-Mail: office@khd.at, übermitteln.

Vielen Dank

jenen Unterstützern und Förderern, die für das Ihnen bereits übermittelte Buch einen DRUCKKOSTENBEITRAG und oftmals auch einen weit darüber hinausgehenden FÖRDERERBEITRAG geleistet haben!

Wir bitten jene, die bisher noch nichts überwiesen haben, um ihren Beitrag

Der KHD wurde wegen seines Versöhnungs- und Verständigungskurses von der Förderliste des Landes gestrichen

Bitte helfen Sie uns mit Ihrer SPENDE!

2008 erhielt der Kärntner Heimatdienst insgesamt 8.000 Euro an staatlichen Subventionen (Land Kärnten). Das ist auch bei weitgehend ehrenamtlicher Bewältigung seiner kostenaufwendigen Informationsarbeit nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

2009 wurde der Kärntner Heimatdienst aus der Förderliste des Landes Kärnten überhaupt gestrichen. Offiziell wurde kein Grund hierfür angegeben. Da jedoch der Klubobmann der Landeshauptmannpartei bereits am 9. Oktober 2007 in einer Presseaussendung seiner Partei (damals BZÖ, heute FPK) den „slowenenfreundlichen Kurs“ des KHD als gegen die Interessen des Landes gerichtet bezeichnet hatte, muss der Weg der Verständigung des KHD mit den Kärntner Slowenen als Grund hierfür angenommen werden.

Für diese Annahme spricht auch, dass im Gegenzug zur Streichung der Landesförderung für den KHD, die Subventionen für die gegen den verständigungsbereiten KHD auftretenden Vereine, Kärntner Abwehrkämpferbund, Österreichischer Kameradschaftsbund und Ulrichsberggemeinschaft auf insgesamt **105.000 Euro** vervielfacht wurden.



Auch Bundespräsident Heinz Fischer würdigt die Verständigungsarbeit des KHD innerhalb der Konsensgruppe, wie hier in Tainach.

Kulturbericht des Landes Kärnten 2009 Förderungen (Auszug)

Kärntner Abwehrkämpferbund	€ 40.586,64
Österreichischer Kameradschaftsbund	€ 41.400,—
Ulrichsberggemeinschaft	€ 23.000,—
Summe	€ 104.986,64

Demgegenüber erhielt der Kärntner Heimatdienst als traditionsreichster Kärntner Heimatverband keinen einzigen Euro!

Obwohl wir keine Autorenhonorare zahlen, können wir seit dem Tod einiger großzügiger Spender die Finanzierung unserer Zeitungen „DER KÄRNTNER“ (trotz Reduzierung der adressierte Auflage auf rund 15.000) und „KHD-INTERN“ (Auflage 10.000) mit den laufenden Spenden nicht mehr abdecken.

**Wir sind daher auf Ihre SPENDE angewiesen.
Es liegt in Ihrem freien Ermessen, welchen Betrag
Sie uns spenden. Jeder Euro zählt!**

Und denken sie bitte daran: Unser Ziel ist nicht nur unsere überparteiliche Arbeit für Kärnten und Österreich im bisherigen Umfang zu sichern, sondern mit Ihrer Hilfe weiter auszubauen.

Schon mit einem einmaligen Beitrag sichern Sie sich den Weiterbezug unserer Zeitung und dokumentieren die Zustimmung zu unserer Arbeit

Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN

die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung von auch höheren Beträgen unsere Arbeit ermöglicht haben.

Diesen Dank verbinden wir mit der BITTE, uns auch weiterhin zu helfen.



Nicht abseits stehen, mit uns gehen!

Setzen Sie ein Zeichen und unterschreiben jetzt auch Sie, wie schon Tausende vor Ihnen, mit Ihrer ganzen Familie, mit Freunden und Bekannten die beiliegende

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Jede Unterschrift zählt und macht uns stärker! Ich bitte darum!

Kärntner Heimatdienst im „Haus des Dialogs“



Zu Slowenenvertretern (im Bild: Marjan Sturm) gibt es seit Jahren ein gutes Gesprächsklima über bestehende bleibende unterschiedliche Interessen hinweg.

Dialog auch mit Andersdenkenden

Der seit 5 Jahren von allen Gremien des KHD einmütig gutgeheißen Weg der Verständigung wurde nun auch auf dem KHD-Haus optisch zum Ausdruck gebracht.

Die Aufschrift „Haus des Dialogs“ soll einerseits die Bereitschaft des Heimatdienstes signalisieren, den Dialog ohne Vorbedingungen auch mit Andersdenkenden und Gegnern zu führen und andererseits die Hoffnung auf ein Umdenken jener ausdrücken, die sich seit Jahren beharrlich weigern, unsere



ausgestreckte Hand anzunehmen. Dazu zählt vor allem der Kärntner Abwehrkämpferbund.

Front der Dialogverweigerer im KAB bröckelt

Wie im Bild oben an den beiden Metalltafeln unter der Aufschrift „Haus des Dialogs“ zu sehen ist, beherbergt der KHD in seinem Haus auch die Ortsgruppe Klagenfurt des Kärntner Abwehrkämpferbundes.

Dennoch brach Landesobmann Fritz Schretter im Jahr 2005 wegen des Verständigungs-

kurses des KHD die früher engen Beziehungen zu unserem Verband einseitig ab und ignoriert beharrlich alle inzwischen mehr als ein Dutzend an ihn gerichteten Gesprächsangebote.

Mit dieser Dialogverweigerung zeigen sich immer mehr KAB-Ortsgruppen nicht einverstanden und signalisieren dem KHD gegenüber demonstrativ Gesprächs- und Verständigungsbereitschaft. **Setzen sich die dialogbereiten Kräfte im KAB durch, dann könnte das KHD-Haus bald wieder auch ein Haus des Dialogs mit dem Abwehrkämpferbund werden.**

Heimat ist unser aller Sache!



„Heimat ist unsere Sache“, plakatierte der Abwehrkämpferbund bei einer Protestkundgebung. Dem ist entschieden entgegenzutreten. Heimat kann niemals eine einseitige „Sache“ sein. Heimat muss alle in unserem Land lebenden Menschen gleich welcher Sprache und Volkszugehörigkeit verbinden und soll allen gleichermaßen Geborgenheit bieten.

Möge sich diese Erkenntnis auch im Abwehrkämpferbund durchsetzen – denn **HEIMAT IST UNSER ALLER SACHE.**

Josef Feldner



AUFRUF zur Unterstützung des KHD

Der Kärntner Heimatdienst, die überparteiliche demokratische Vereinigung österreichischer Patrioten, wird heute als direktdemokratische Kraft im außerparteilichen Bereich von allen Seiten anerkannt. Seine Mitglieder, Förderer und Sympathisanten kommen aus allen Gesellschaftsschichten, aus allen demokratischen Parteien und aus allen Bundesländern.

Die Zeit ist reif, den Volksgruppenstreit in Kärnten zu beenden!

Weder Deutsch- noch Slowenischkärntner brauchen heute noch Angst zu haben:

Die Karawankengrenze ist heute unbestritten. Auch die natürliche Entwicklung der slowenischen Volksgruppe ist dank einer fördernden österreichischen Minderheitenpolitik weitgehend gesichert. Die noch ungelöste Ortstafelfrage wird bis spätestens 2012 für beide Seiten zufriedenstellend gelöst sein.

Es ist Zeit, unsere Kraft gemeinsam zur Bewältigung neuer Herausforderungen einzusetzen!

Jetzt gilt es ein von gegenseitigem Misstrauen geprägtes Nebeneinander von Deutsch- und Slowenischkärntnern dauerhaft von einem zukunftsorientierten friedlichen Miteinander abzulösen.

Auf dieser Basis wollen wir uns im Vorfeld der Politik gemeinsam allen künftigen, alle Menschen dieses Landes gleichermaßen berührenden Herausforderungen stellen. Traditionsbewusst und dennoch in allen Lebensbereichen weltoffen und zukunftsorientiert.

Tausende haben schon unterschrieben. Machen jetzt auch Sie mit!

Jede Unterschrift zählt!



Bitte ausfüllen, ausschneiden, in beiliegenden Briefumschlag stecken und einsenden!



Unterstützungserklärung

JA zum Weg der Verständigung in Kärnten!

- Ich erkläre mich mit den auf Frieden und Verständigung ausgerichteten Zielsetzungen des parteiunabhängigen Kärntner Heimatdienstes solidarisch und möchte diese ausdrücklich unterstützen.
- Ich nehme zur Kenntnis, dass mit meiner Erklärung keine wie immer gearteten Verpflichtungen gegenüber dem Kärntner Heimatdienst verbunden sind.

Vor- u. Zuname (Blockschrift)	Geburtsjahr	Anschrift (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer)	Datum und Unterschrift

ACHTUNG! Lassen Sie auch Familienmitglieder und Bekannte unterschreiben.

Ausgefüllte Erklärungen in beiliegenden Briefumschlag (falls vorhanden) geben und an KHD, 9020 Klagenfurt, Prinzhoferstraße 8 einsenden. Oder an FAX 0 46 3/54 00 29 übermitteln.

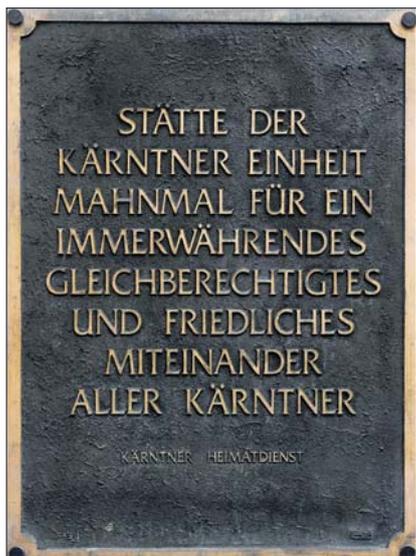
Die Unterstützungserklärung kann auch unter www.khd.at abgerufen und dem KHD mit „Mausklick“ übermittelt werden.

HERZLICHEN DANK all jenen – auch aus den anderen Bundesländern –, die sich bereits mit ihrer Unterschrift mit unserem Weg der Verständigung solidarisch erklärt haben!

Alle Unterstützer erhalten ab sofort neben DER KÄRNTNER auch laufend und unverbindlich unsere Zeitung KHD-INTERN zugesandt.



Grundprinzipien und Ziele des KHD



Links oben: Tafel des Heimatdienstes beim Abstimmungsdenkmal im Klagenfurter Landhaushof. *Rechts oben:* Kranzniederlegung von Mitgliedern des KHD-Vorstands zu Ehren der gefallenen Kärntner Abwehrkämpfer. *Links unten:* Die Kärntner Konsensgruppe im Juli 2009 bei der Verleihung des Europäischen Bürgerpreises des Europaparlaments durch den Vizepräsidenten Martinez. *Rechts unten:* Oktober 2009 Treffen von Mitgliedern der Konsensgruppe mit Vertretern der deutschen Volksgruppe in Marburg und mit politischen und kirchlichen Repräsentanten aus Slowenien.

Kärnten neu denken

- Vorrang für Interessen Österreichs und der Österreicher im friedlichen Staatenwettbewerb.
- JA zu einem neuen Patriotismus. Stärkung des kulturellen Selbstbewusstseins ohne Überheblichkeit und Aggressivität.
- Verständigung über sprachliche, ideologische und religiöse Barrieren hinweg ohne nationale und kulturelle Selbstaufgabe.
- Vertretung von legitimen Interessen der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung im Kärntner Grenzland bei Respektierung der Rechte und Einrichtungen der slowenischsprachigen Volksgruppe.
- Für ein gleichberechtigtes friedliches Miteinander von Mehrheit und Minderheit. Bekenntnis zum Dialog im Vorfeld der Politik zur Problemlösung, Vertretung von gemeinsamen Anliegen.
- Stärkung eines positiven Geschichtsbewusstseins. Gemeinsame Aufarbeitung der dunklen Kapitel der Vergangenheit in Informations- und Diskussionsveranstaltungen, in Massenmedien und eigenen Publikationen.
- Zukunftsorientierte Traditionspflege.
- Für grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Basis der Gegenseitigkeit. Unterstützung der deutschen Volksgruppen.
- Für ein Europa der Vaterländer als Wirtschafts-, Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft.
- Bekenntnis zur unauflöslchen Landeseinheit Kärntens im Verbund mit Österreich.
- Fortsetzung und Vertiefung des bereits mit mehreren nationalen und internationalen Auszeichnungen gewürdigten Konsens- und Dialogprozesses.